

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement  
EJPD

Bern, 4. August 2025 / SO  
20250820\_VL\_unlauterer\_Wettbewerb\_d

Elektronischer Versand: [fair-business@seco.admin.ch](mailto:fair-business@seco.admin.ch)

## **21.470 n Pa. Iv. Roduit. Die Nichteinhaltung der obligatorischen Arbeitsbedingungen stellt einen qualifizierten unlauteren Wettbewerb dar und muss strafrechtlich verfolgt werden**

### **Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen, dass Sie uns die Möglichkeit gegeben haben, uns im Rahmen der Konsultation zum oben genannten Objekt zu äussern. Nachstehend finden Sie unsere Stellungnahme.

Die FDP.Die Liberalen lehnt den Vorentwurf zur parlamentarischen Initiative 21.470 ab. Die Vorlage verfehlt ihr erklärtes Ziel, schafft neue Ungerechtigkeiten und gefährdet sowohl den funktionierenden Arbeitsmarkt als auch den freien Wettbewerb.

Die Unterstellung von Gesamtarbeitsverträgen unter strafrechtliche Bestimmungen würde die Sozialpartnerschaft nachhaltig schädigen und Branchen mit GAV massiv benachteiligen. Unlauterer Wettbewerb dient dem Schutz ehrlicher Unternehmen, nicht dem individuellen Arbeitnehmerschutz. Arbeitsrechtliche Forderungen gehören in die Zivilgerichtsbarkeit oder zu den Arbeitsinspektoraten, nicht ins Strafrecht des UWG. Mit der Initiative würden private Lohnforderungen fälschlicherweise zu strafrechtlichen Wettbewerbsdelikten erklärt, obwohl kein unmittelbarer Zusammenhang mit Marktverzerrungen besteht.

Bereits geringfügige oder unbewusste Regelverstösse könnten so zu Straftaten werden. Eine Ausweitung auf fahrlässige Pflichtverletzungen erschwerte die Beweisführung in Strafprozessen erheblich und würde für Unternehmen hohe Rechtskosten nach sich ziehen. Kantone warnen eindringlich vor einem kaum zu bewältigenden Prüfungs- und Ermittlungsaufwand für Arbeitsinspektorate und Strafverfolgungsbehörden.

Zudem existieren bereits spezialisierte Gesetze sowie repressive und präventive Bestimmungen, die effektiv gegen Lohn- und Sozialdumping vorgehen. Ein Ja zur Initiative wäre ein falsches Signal an die Wirtschaft, insbesondere an KMU, die keine eigenen Rechtsabteilungen unterhalten. Überbordende Strafnormen unterminieren das Vertrauen in den Rechtsstaat und schwächen die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse  
FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart  
Ständerat

Der Generalsekretär



Jonas Projer